

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	36. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	14. März 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

**Punkt 10 der Tagesordnung: Bewirtschaftungsvertrag der Rathauskantine und Vertrag zur Gesundheitsförderung
Vorlage: 2016/0830**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt – nach Vorberatung im Hauptausschuss - der Vergabe der Dienstleistungskonzession für den Betrieb der Rathauskantine an die Beschäftigungszentrum Karlsruhe gGmbH zu und ermächtigt die Verwaltung, den beigefügten Bewirtschaftungsvertrag für die Rathauskantine im Technischen Rathaus sowie den Vertrag zur Gesundheitsförderung mit der Beschäftigungszentrum Karlsruhe gGmbH abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 40 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Es ist ein interessantes Modell, das wir zu gegebener Zeit noch einmal der Öffentlichkeit vorstellen werden, wenn es startet. Deswegen verzichte ich jetzt auf eine längere Einführung. Es gibt eine Reihe von Wortmeldungen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir nehmen gerne einmal die Gelegenheit wahr, eine Entwicklung zu begrüßen und zu loben. Wir freuen uns sehr über diesen neuen Bewirtschaftungsvertrag der Rathauskantine und den Vertrag zur Gesundheitsförderung. Wir begrüßen insbesondere, dass es gelungen ist, den Vertrag mit dem Inklusionsbetrieb der BZKA abzuschließen. Damit haben wir das Ziel, Inklusion in Karlsruhe umzusetzen, auch in einem ganz wichtigen Bereich für die Stadt Karlsruhe in der städtischen Kantine umgesetzt. Wir begrüßen auch, dass die Kantine dann unter dem Thema „Gesunde Stadt“ geführt wird - denn das ist auch ein ganz wichtiges übergeordnetes Ziel für uns -, dass hier vorwiegend regionale und saisonale Produkte eingesetzt werden sollen. Und wir begrüßen insbesondere auch, dass in das eingestiegen wird, was die Stadt in einem Beschluss bereits 2014 festgehalten hat, nämlich mehr Bioessen, ein Bioanteil von 25 %. Die BZKA ist entsprechend zertifiziert.

Damit haben wir ein Modell geschaffen, das bei den nächsten Ausschreibungen fortgesetzt wird, bei allen Schulessen mit 25 % Bio und bei der Kita-Versorgung, so dass jetzt schon die Rathauskantine mit dieser Entwicklung beginnt. Es ist dann ein Vorreitermodell mit Blick auf andere Kantinen, nicht nur die öffentlichen, sondern auch für private. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag für Biodiversität und Gesundheit. Denn wir erreichen damit, dass die Nachfrage nach Bioprodukten weiter steigt und auch konventionelle landwirtschaftliche Betriebe den Schritt wagen umzustellen.

Von daher ist es für uns GRÜNE eine sehr positive Entwicklung. Wir begrüßen es sehr und freuen uns darüber und freuen uns vor allem auf die Einweihung. Wir denken, dass das ein guter Einstieg ist zu mehr Bio, regionalen Produkten, zur Gesundheitsförderung in unserer Stadt.

Stadträtin Fischer (SPD): Auch wir begrüßen dieses Kooperationsprojekt mit großer Freude. Insbesondere möchte ich mich aber auch beim Hauptamt bedanken, welches diese Kooperation möglich gemacht hat und damit eine Vorreiterrolle spielt in der Stadt, was inklusives Arbeiten anbelangt. Wir wünschen uns, dass noch viele Ämter diesem Beispiel folgen. Besonders freut uns natürlich, dass die BZKA, die schon seit langem bewiesen hat, dass sie sich in allen Bereichen wirtschaftlich gut und erfolgreich am Markt behaupten kann, hier zum Zuge kam. Ich denke, auch da gebührt uns ein Dank an die Lebenshilfe, die mit ihren vielfältigen Einrichtungen in der Stadt dazu beiträgt, inklusives Leben möglich zu machen. Ich hoffe, dass es auch für andere Ämter ein Ansporn sein wird, mehr inklusives Arbeiten im Stadtbereich anzubieten.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir entnehmen einer guten Vorlage, dass Sie einen sehr guten Betreiber gefunden haben. Ansonsten fehlen mir die Worte. Was mir nicht fehlt, ist mein Appetit, was man sieht. Ich werde natürlich ausprobieren, ob das alles wahr wird.

Stadtrat Jooß (FDP): Die heutige Vorlage hat leider zwei Gesichter. Wir freuen uns, dass die Rathauskantine in Zukunft inklusiv betrieben wird. Aber nicht nur das, sondern das große Plus ist der wesentliche Preisvorteil, der hier angeboten wird. Das bestätigt wieder einmal unsere Forderung, dass die öffentliche Hand nicht alles machen muss. Privat geht es sehr wohl auch besser. Daher fühlen wir uns bestätigt, dass Privat, was wir schon immer fordern, die oft bessere Lösung ist.

Die hässliche Fratze zeigt sich aber im anderen Teil der Vorlage. Hier wird gesundes Essen mit Bio gleichgesetzt. Was ist gesundes Essen oder nicht gesund? Darüber ließe sich lange streiten. Was nicht gesund ist, darüber sind sich fast alle einig, z. B. zu viel Salz, zu viel Zucker, zu viel Fett, zu viel Alkohol usw. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen. Luther sagte schon: Fressen und Saufen und Völlerei ist ungesund. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung definiert es so: Ausgewogene, abwechslungsreiche und regionale Kost. Von Bio finde ich nichts.

Nun aber kommt unsere Verwaltung mit einer 25%-Quote, d. h., alle müssen 25 % Bio essen. Wo bleibt da die Freiheit, wie sie im Deutschlandlied besungen wird? Einigkeit und Recht und Freiheit. Quote heißt immer Zwang und Unfreiheit. Wir von der FDP

wollen das Gegenteil. Wenn sich jemand, wie die GRÜNEN, der Quote unterzieht und das Diktat hier eingeht, ist das deren Entscheidung. Wir jedenfalls wollen das grüne Bioessensdiktat nicht in der Rathauskantine. Wir wollen Wahlfreiheit und Klarheit und freie Essensauswahl zwischen Bio und konventionellem Essen. Diese Angebote sollten einen kostengerechten Preis abgeben. Die Angebote sollten verglichen werden können, so wie im Handel und in Bioläden. Dort bezahlen die Kunden auch gerne und freiwillig mehr, nämlich den Biopreis. Das Tollste an dieser hässlichen Fratze ist aber, dass unsere Bürger und Steuerzahler die Bioquote noch bezahlen müssen. Fast eine halbe Million in den fünf Jahren Laufzeit kommen da zusammen. Das ist Wettbewerbsverzerrung pur. Ich warte nur noch auf die Klagen der Gastronomie, die keine Subventionen für Bio bekommen. Wo bleibt hier die Gerechtigkeit und Gleichbehandlung, die auch die SPD immer fordert? Die absolute Spitze ist, wie ist das zusammengesetzt. Nehmen wir z. B. auf den Teller 25 g Biofleisch und 75 g normales Fleisch? Oder nehmen wir 2 g Bioessig und 8 g normalen Essig? Für mich ein Bürokratiemonster sondergleichen.

Wir wollen keine Mogelpackung. So eine Vorlage kann nur von Schreibtischbürokraten kommen, die von Praxis keine Ahnung haben. Über diese Vorlage ist nicht zu lachen, sondern zu heulen. Ich wundere mich nur, wie Hausfrauen, die schon einmal in der Küche standen, so etwas zustimmen können. Da ist von Realitätsverlust zu reden. Deshalb zurück zur Vernunft und zur Mitte und mit einer korrigierten Vorlage.

Zusammenfassend: Wir steuern nicht mit den GRÜNEN in die grüne Biozwangswirtschaft mit Quote in unserer Rathauskantine. Wir Freien Demokraten sind für Freiheit, auch in der Essenswahl. Diesen Part sollten die jubelnden und schadenfreudigen GRÜNEN, als die FDP aus dem Bundestag flog, wahrnehmen. Sie sind aber von der Freiheit, die Sie angekündigt haben bei unserer Niederlage in Berlin, weiter entfernt als der Himmel von der Erde.

Der Vorsitzende: Sehr geehrter Herr Stadtrat, wir werden sicher einen Weg finden, dass Sie um die 25 % herum essen können, so dass Sie wirklich 100 % Nichtbio essen können. Man muss mehrere Mahlzeiten zu sich nehmen, um so auszusehen, wie Martin Luther. Da kann ich Sie auch beruhigen.

Damit beenden wir die Aussprache und kommen zur Abstimmung. – Bei Ablehnung durch die FDP, Herrn Dr. Schmidt und Herrn Schmitt ansonsten Zustimmung und damit überwiegend mehrheitlich angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
4. April 2017